



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 03.10.2022
C(2022) 7153 final

Sehr geehrter Herr Bundesratspräsident,

die Kommission dankt dem Bundesrat für seine Stellungnahme zu der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Konferenz zur Zukunft Europas – Von der Vision zu konkreten Maßnahmen {COM(2022) 404 final}. Die Kommission hat die Standpunkte des Bundesrates zu den einzelnen Schlussfolgerungen der Konferenz aufmerksam zur Kenntnis genommen.

Die Konferenz war eine beispiellose gesamteuropäische Veranstaltung der partizipativen Demokratie – die größte und umfassendste ihrer Art, die je stattgefunden hat. Sie brachte Menschen aller Altersgruppen aus allen Gesellschaftsschichten und aus ganz Europa zusammen, von denen sich viele nie zuvor näher mit Europa beschäftigt hatten. Mehr als 5 Millionen Menschen besuchten die mehrsprachige digitale Plattform der Konferenz, und im Rahmen dieses Prozesses wurden europaweit mehr als 6600 Konsultationen und Diskussionen organisiert.

Wie in ihrer Mitteilung dargelegt, ist die Kommission entschlossen, die Schlussfolgerungen der Konferenz in ihrem Zuständigkeitsbereich und unter Wahrung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit weiterzuerfolgen. Sie wird dies auf möglichst pragmatische Weise tun, sei es durch gesetzgeberische Maßnahmen oder auf andere Art und Weise.

Die ersten neuen Vorschläge infolge der Konferenz sind im Zusammenhang mit der Rede zur Lage der Union angekündigt worden. Diese Vorschläge gehören zu jenen, die in das Arbeitsprogramm der Kommission für 2023 aufgenommen werden sollen. Einige sollten auch in die zwischen den EU-Organen vereinbarten gemeinsamen legislativen Prioritäten und in künftige Arbeitsprogramme der Kommission einbezogen werden.

Nach Ansicht der Kommission können bei Weitem die meisten Vorschläge der Konferenz im Rahmen der bestehenden Verträge weiterverfolgt werden. Die Kommission ist sich aber bewusst, dass die Folgemaßnahmen in einigen Fällen eine Änderung der Verträge erfordern würden, wogegen in anderen Fällen in den Vorschlägen selbst ausdrücklich eine Vertragsänderung gefordert wird.

*Herrn Bodo Ramelow
Präsident des Bundesrates
Leipziger Straße 3–4
10117 Berlin (Deutschland)*

Die Kommission möchte – wie in ihrer Mitteilung dargelegt – daran erinnern, dass die bestehenden Verträge ein bislang ungenutztes Potenzial bieten, insbesondere hinsichtlich der „Überleitungsklauseln“ für den Übergang zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit in bestimmten Politikbereichen.

Die Konferenz hat eine umfassendere Diskussion darüber angestoßen, wie das europäische Projekt verbessert werden kann. Wie Präsidentin von der Leyen in ihrer Rede auf der Konferenz klargestellt hat, wird die Kommission stets auf der Seite derjenigen stehen, die die Europäische Union reformieren wollen, damit sie besser funktioniert, auch durch Vertragsänderungen, wo dies erforderlich sein könnte.

Die Kommission teilt die Auffassung des Bundesrates, dass partizipative Initiativen eine wertvolle Ergänzung der repräsentativen Demokratie darstellen. Deshalb wird sie – im Rahmen ihrer umfassenderen Politikgestaltung und im Einklang mit den Grundsätzen der besseren Rechtsetzung – es den Bürgerforen ermöglichen, sich im Vorfeld bestimmter wichtiger Vorschläge zu beraten und Empfehlungen abzugeben.

Das Portal „Ihre Meinung zählt“¹, das bereits Informationen über bevorstehende Initiativen der Kommission enthält und es allen europäischen Bürgerinnen und Bürgern und allen Interessenträgern ermöglicht, sich in verschiedenen Phasen der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften und politischen Maßnahmen in allen Amtssprachen der Europäischen Union dazu zu äußern und sich einzubringen, wird ebenfalls zu einer zentralen Anlaufstelle für die Online-Bürgerbeteiligung werden. Es wird alle Informationen über – aktuelle und künftige – Mechanismen der Bürgerbeteiligung in der Kommission zusammenführen.

Die Kommission ist der Auffassung, dass der politische Dialog mit den nationalen Parlamenten von wesentlicher Bedeutung ist, um eine Verbindung zwischen den Organen und den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union herzustellen, und sie sieht der Fortsetzung des politischen Dialogs mit dem Bundesrat erwartungsvoll entgegen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

*Maroš Šefčovič
Vizepräsident*

*Dubravka Šuica
Vizepräsidentin*



¹ https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say_de